

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Hans-Hinrich Knaape, Karl-Hermann Haack (Extertal),
Horst Jaunich, Klaus Kirschner, Dr. Martin Pfaff, Gudrun Schaich-Walch,
Horst Schmidbauer (Nürnberg), Regina Schmidt-Zadel, Antje-Marie Steen,
Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD**

zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

— Drucksachen 12/57, 12/174, 12/175, 12/206, 12/215 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 - a) für den Fall, daß das voraus kalkulierte, dem vorliegenden Gesetzentwurf zugrundeliegende Defizit in der Arzneimittelversorgung der ostdeutschen Bundesländer überschritten wird, durch erneute Verhandlungen mit den Marktbeteiligten eine Defizitabdeckung sicherzustellen,
 - b) zugleich bei der Erstellung des Bundeshaushaltes für 1991 – Einzelplan des BMG – durch geeignete Maßnahmen Deckungsvorsorge für den Fall zu treffen, daß die Verhandlungen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Eindeutiges Ziel dabei muß sein zu gewährleisten, daß ein höheres als das voraus kalkulierte Defizit nicht von den Krankenkassen getragen werden muß.
2. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß auch in den anderen über den Bereich der Arzneimittelversorgung hinausgehenden Sektoren des Gesundheitswesens den Krankenkassen in den neuen Ländern Defizite von zum Teil erheblichen Ausmaßen drohen, für die keinerlei Deckungsvorsorge getroffen ist. Mit Auslaufen der durch den Einigungsvertrag vorgenommenen gesetzlichen Beitragssatzfestschreibung drohen den Versicherten und ihren Arbeitgebern in den ostdeutschen Bundesländern zum Teil drastische Beitragssatzerhöhungen.
3. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, auch in den Versorgungsbereichen
 - ambulante ärztliche Versorgung,
 - ambulante zahnärztliche Versorgung und Zahnersatz,
 - Krankenhausversorgung

umgehend Deckungsvorsorge im Sinne des in Ziffer 1 b) festgelegten Verfahrens zu treffen und die den Krankenkassen gegenüberstehenden Vertragsparteien für die kassenärztliche, kassenzahnärztliche und Krankenhausversorgung eindringlich zu Honorar- und Pflegesatzdisziplin in der kommenden Rechnungsperiode zu ermahnen.

Bonn, den 12. März 1991

Dr. Hans-Hinrich Knaape
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Horst Jaunich
Klaus Kirschner
Dr. Martin Pfaff
Gudrun Schaich-Walch
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Regina Schmidt-Zadel
Antje-Marie Steen
Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

Die Sachverständigenanhörung des Gesundheitsausschusses hat die übereinstimmende Erwartung aller Spitzenverbände der Krankenkassen erbracht, daß das der gesetzlichen Regelung zugrundeliegende vorauskalkulierte Defizit in den Arzneimittelausgaben spürbar überschritten werden wird. Hierfür ist keine Vorsorge getroffen.

Erforderlich ist, daß höher liegende Defizite als die vorauskalkulierten von den Marktbeteiligten getragen, notfalls aber über den Bundeshaushalt abgedeckt werden, da die einzig verbleibende andere Möglichkeit, die der Beitragssatzerhöhung, durch die Bestimmungen des Einigungsvertrages zunächst ausgeschlossen ist. Hinzu kommt, daß sie aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Versicherten und ihrer Arbeitgeber auch später nicht verantwortet werden können.

Zugleich ist deutlich geworden, daß auch in den anderen Versorgungssektoren des Gesundheitswesens den Krankenversicherungsträgern in den neuen Ländern Defizite drohen, für die ebenfalls keine Deckungsvorsorge getroffen ist.

Auch in diesen Bereichen wurde der von der Bundesregierung angestrebte Einstiegswinkel von 45 Prozent des Honorar-/Pflegesatz-/Preisniveaus der westlichen Bundesländer in den Verhandlungen der Vertragsparteien deutlich verfehlt. An das Erreichen dieses Einstiegswinkels jedoch ist die finanzielle Stabilität der ostdeutschen Krankenversicherungsträger geknüpft. Schon jetzt liegt der mit 12,8 Prozent festgeschriebene Beitragssatz spürbar über dem mit 12,25 errechneten durchschnittlichen Beitragssatz in den westlichen Bundesländern. Eine noch weitergehende Beitragssatzverzerrung zwischen beiden Bereichen muß aber unter allen Umständen vermieden werden.